



KANTONS RATSPROTOKOLL

Sitzung vom
Kantonsratspräsident

21. Juni 2022
Bossart Rolf

A 901 Anfrage Setz Isenegger Melanie und Mit. über die kurzfristige Schliessung der Polizeiposten während der Sommermonate / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Die Anfrage A 901 wurde auf die Juni-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 106 zu 1 Stimme zu.

Die Anfrage A 901, die Anfrage A 903 von Marlis Krummenacher-Feer über die temporäre Postenschliessung der Luzerner Kantonspolizei in den Sommerferien, die Anfrage A 905 von Armin Hartmann über die vorübergehende Schliessung der Polizeiposten im Kanton Luzern und das Postulat P 907 von Claudia Wedekind über die temporäre Postenschliessung der Luzerner Polizei in den Sommermonaten werden als Paket behandelt.

Melanie Setz Isenegger ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Marlis Krummenacher-Feer ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Armin Hartmann ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Folgende Anträge liegen zum Postulat P 907 vor: Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung. Claudia Wedekind hält an ihrem Postulat fest.

Melanie Setz Isenegger: Insgesamt 22 Polizeiposten sollen aufgrund von personellen Engpässen im Sommer geschlossen werden; diese Mitteilung hat, wie zu erwarten war, einige Fragezeichen ausgelöst. So liegen uns heute einige Antworten vor. Nachdem die SP wiederholt die Kommunikation der Regierung kritisiert hat, sind diesmal andere Parteien aufgestanden. Siehe da, der Regierungsrat ist plötzlich kritisch, und das Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) will sogar die Luzerner Polizei bei Kommunikationsvorhaben von hoher politischer Relevanz unterstützen. Da stellen wir uns allerdings schon die nächsten Fragen: Wann hat wohl das JSD von den Plänen der Polizei erfahren? Als es schon zu spät war, um bei der Kommunikation nachzubessern? Funktioniert es beim nächsten Mal tatsächlich besser? Ausserdem ist es bedenklich, wenn der Polizeiführung offensichtlich die notwendige Sensibilität fehlt, um gewichtige Themen zu erkennen. Sie hat es bekanntlich jahrelang nicht geschafft, diesen Rat von Aufstockungen zu überzeugen. Mit dieser Art der Kommunikation sind keine tragfähigen Lösungen möglich, das sehen wir auch an anderen Orten beim Kanton. Die Antworten sind bei einigen Fragen nicht zufriedenstellend, so zum Beispiel bei der Frage nach weiteren möglichen Massnahmen, die allenfalls verworfen wurden, oder in Bezug auf die Aus- und Weiterbildungen. Sind das jetzt Übungen oder tatsächlich Weiterbildungen? Ausserdem hinkt der Vergleich der aktuellen Postenschliessungen mit der Corona-Pandemie beträchtlich. Es ist aber klar – und hier sind wir froh um die deutlichen Worte –, dass die Belastung im Korps hoch ist. Die Massnahmen

sollen die bereits bestehenden hohen Überzeiteinsparungen nicht noch weiter erhöhen und die zumutbare Belastungsgrenze nicht weiter ausreizen. Es sind Auswirkungen auf die Gesundheit und die Stimmung im Team spürbar, und beim Service public sind Einschnitte nötig. Aber diese Misere kommt nicht von ungefähr, sie hatte hier im Saal ihren Anfang. Hier wurden bürgerliche Steueroptimierungsträume und Sparübungen beschlossen, eine jahrelange Unterfinanzierung des öffentlichen Dienstes. Mit diesen Geschenken haben Sie dem Personal des Service public die Freude am öffentlichen Dienst schon vor Jahren gründlich vermiest. Jahrelang wurde auf dem Buckel der Mitarbeitenden gespart und optimiert und vermeintlich die Effizienz gesteigert. Die Zitrone sei ausgepresst, haben Sie die Mitarbeitenden, die Gewerkschaften und Verbände schon vor Jahren gewarnt. Nicht nur die Mitarbeitenden der Polizei, sondern auch das Gesundheitspersonal und die Lehrerinnen und Lehrer haben deshalb jetzt zu wenig Ressourcen. Auch wenn die Kolleginnen und Kollegen der bürgerlichen Seite jetzt langsam erwachen, sich verstoßen die Augen reiben und vielleicht jetzt mehr investieren wollen in faire Bedingungen für Pflegenden und Lehrpersonen – für heute ist es zu spät, es gibt sie einfach nicht mehr. Wir können jetzt wieder anfangen aufzubauen für morgen. Hoffen wir, Sie haben das Ruder für die Polizistinnen und Polizisten immerhin mit dem aktuellen Aufgaben- und Finanzplan (AFP) rechtzeitig mitgeholfen herumzureissen, damit diese nicht mit den hohen aktuellen Belastungen den Rückzug antreten, sondern bleiben, neue Mitarbeitende motivieren und ausgeruht und ausgeglichen ihrem täglichen Dienst zugunsten der Gesellschaft nachgehen können. Aber nein, Sie träumen ja schon wieder von Steuersenkungen. Zum Postulat P 907 von Claudia Wedekind: Wie bereits erwähnt, sieht auch der Regierungsrat die Unfähigkeit der Polizeiführung in Sachen Kommunikation. Man will in Zukunft unterstützend eingreifen. Eigentlich wäre es uns lieber, die Polizeiführung wäre nicht auf Unterstützung angewiesen, sondern hätte genug Fingerspitzengefühl. Aber vielleicht wurde auch dieses weggespart, und das JSD muss es jetzt kompensieren. Die zweite Forderung macht aus den in der Stellungnahme aufgeführten Gründen auch für die SP keinen Sinn, und wir unterstützen die teilweise Erheblicherklärung.

Marlis Krummenacher-Feer: Die Mitte ist irritiert über die schnelle Schliessung der Polizeiposten. Die Luzerner Polizei lässt in der Medienmitteilung verlauten, dass 22 der 32 Polizeiposten über die Sommerferien geschlossen werden. Die Gründe für kurzfristige Schliessungen sind Grossanlässe sowie interkantonale Anlässe, welche die Luzerner Polizei unterstützen muss. Die Mitte ist aber verwundert über die kurzfristige Massnahme. Die Posten wurden sehr schnell geschlossen. Man hat die Medienmitteilung am Freitag vor dem Wochenende ausgesandt, und am Montag wurde man schon vor vollendete Tatsachen gestellt. Das stimmt für uns nicht, und das tun wir auch im Postulat P 907 von Claudia Wedekind kund. Wir sind mit den Medienmitteilungen nicht zufrieden. Es ist schon das zweite Mal, dass so etwas passiert. Im Januar gelangte durch eine Indiskretion eine Medienmitteilung an die Öffentlichkeit, bevor die Gemeinden und die Kommissionen informiert wurden. Mit diesem Weg sind wir unzufrieden. Zudem läuft auch noch die Organisationsentwicklung 2030 (OE 2030). Zum Stationierungskonzept kann man noch bis am 8. Juli 2022 seine Meinung kundtun. Das stimmt für uns nicht, dass das Sicherheitsproblem schon wieder da ist. Das JSD muss unbedingt seine Kommunikation verbessern. Für die Personalengpässe hat jedoch unsere Partei grosses Verständnis. Wir verstehen, dass bei der Polizei ein Ressourcenproblem besteht. Hier müssen wir Verbesserungen vornehmen, auch mit mehr Stellen für die Polizei.

Armin Hartmann: Die SVP bedankt sich bei der Regierung für die Antworten auf die verschiedenen Anfragen zum Thema, speziell auf die Anfrage A 905 unserer Fraktion. Wir sind teilweise zufrieden. Die Fragen sind mit Ausnahme der Frage 5 grundsätzlich vollständig beantwortet. Hier hätten wir erwartet, dass man auf den ausserordentlichen Personalbedarf aufgrund von Anlässen im eigenen Kanton eingeht. Im Übrigen geben aber die Antworten ein gutes Bild ab über die Herausforderungen, denen die Luzerner Polizei diesen Sommer gegenübersteht. Die Herausforderungen sind nicht hausgemacht. Die verschiedenen internationalen Konferenzen und die Grossereignisse im eigenen Kanton

finden statt. Wir hätten uns gewünscht, dass diesbezüglich an anderer Stelle mehr auf die Ressourcensituation der verschiedenen Korps geachtet worden wäre. Aber das ist eine Diskussion, die wir bei der Behandlung der Motion M 906 führen werden. Dort wird es auch um die Frage gehen, wer von der Vereinbarung über die interkantonalen Polizeieinsätze (IKAPOL) profitiert und wer nicht. Die für uns wichtigste Information in den Antworten ist, dass die Schliessung der Polizeiposten schon in der Vergangenheit als taugliches Instrument angewendet wurde. Die Erfahrungen zeigen, dass die Sicherheit auch bei diesem Szenario gewährleistet ist. Wir finden es darum naheliegend, dass die Schliessung der Posten wiederum als Massnahme zur Bewältigung dieser Ausnahmesituation hinzugezogen wurde. Die Schliessung der Polizeiposten wurde auch gegen andere Massnahmen abgewogen. Sie wurde als niederschwelliger beurteilt als die Reduktion der Patrouillentätigkeit. Diese Güterabwägung unterstützen wir. Die Sicherheit im Kanton Luzern hängt letztlich von den Patrouillen ab und nicht von den Posten. Die Patrouillen sind das Einsatzelement und sorgen dafür, dass die Sicherheit zu den Kunden kommt. Sie definieren letztlich die Interventionszeit und nicht die offenen Polizeiposten. Die SVP findet es darum richtig, dass bei den Patrouillen zuletzt Einschränkungen gemacht werden. Wir lesen in der Antwort weiter, dass die Luzerner Polizei versucht habe, die Polizeiposten möglichst lange offen zu halten. Auch dieses Vorgehen finden wir richtig. Die Schliessung der Polizeiposten ist emotional, insbesondere jetzt, wo die Vernehmlassung zur OE 2030 läuft. Wir zeigen Verständnis dafür, dass man darauf hingearbeitet hat, dieses Szenario möglichst zu verhindern. Die Folge davon war dann aber die kurzfristige Kommunikation, und diese war nicht optimal. Es wäre richtig gewesen, über das Szenario der Schliessung von Polizeiposten zu informieren. Es wäre richtig gewesen, dabei unaufgeregt auf die Erfahrungen aus der Vergangenheit, auf die Kompensationen und auf die Folgen für die Sicherheit hinzuweisen. Hier erwarten wir in Zukunft Besserung, und deshalb unterstützen wir die teilweise Erheblicherklärung des Postulats P 907 von Claudia Wedekind. Alle anderen Facetten dieser Massnahme – die Analyse, die Güterabwägung und die Entscheidung selbst – sind in den Augen der SVP korrekt verlaufen und nicht zu beanstanden. Die Luzerner Polizei hat in einer schwierigen Situation aus den noch vorhandenen Möglichkeiten die beste ausgewählt. Aus diesem Grund spricht die SVP-Fraktion heute dem Kommandanten der Luzerner Polizei, dem Justiz- und Sicherheitsdirektor und dem Gesamtregierungsrat ihr Vertrauen aus.

Claudia Wedekind: Es ist mir ein Anliegen, dass sich die Luzerner Bevölkerung in jedem Teil des Kantons sicher fühlen kann. Mein Postulat beinhaltet drei Anliegen: eine angemessene und bessere Kommunikation aus dem JSD und die Antwort auf die Fragen, wie die Sicherheit der Gemeinden und Regionen entlang der Kantonsgrenzen zu Bern und Aargau gewährleistet wird und ob eine gesetzliche Grundlage für eine Zusammenarbeit mit weiteren Korps umgesetzt werden kann. Die kantonalen und kommunalen Polizeikorps sind für die Sicherheit der Luzerner Bevölkerung zuständig. Für ihre Arbeit bin ich sehr dankbar, und ich sehe den Einsatz, welchen sie tagtäglich und in speziellen Situationen während 24 Stunden an sieben Tagen die Woche leisten. Diese gewährleistete Sicherheit verlangt den Polizistinnen und Polizisten allerdings auch einiges ab. Der Kanton Luzern mit seinen fast 1500 Quadratkilometern benötigt einiges an Personal, um das ganze Kantonsgebiet abzudecken. Es ist dabei festzustellen, dass die grossen Herausforderungen bei der Ereignis- und Anlassdichte in den Agglomerationen und zentrumslastigen Gebieten liegen. Es ist gut nachvollziehbar, dass dort die Einsatzkräfte vermehrt unterwegs sind. Doch was geschieht, wenn in den Randregionen unvorhergesehene Ereignisse eintreten? Laut Recherchen bieten zum Beispiel die angrenzenden Kantone Nidwalden und Zug notdürftig Hand, indem sie eine Patrouille zum Ereignisort schicken, sofern sie Kapazität haben. Dieser Einsatzwagen sichert vor Ort die Situation und übergibt die Sachlage der Luzerner Polizei, sobald diese vor Ort ist. Die grossen Grenzkantone sind jedoch nicht Zug und Nidwalden, sondern Aargau und Bern. Aus der Antwort der Regierung ist zu entnehmen, dass es Vereinbarungen zwischen den Kantonen gibt. Mir fehlt aber die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen bei unvorhergesehenen Ereignissen. Hierzu fordere ich eine Prüfung der Schaffung einer gesetzlichen Grundlage, welche genau diese wichtige Zusammenarbeit und

somit die polizeiliche Sicherheitsversorgung in den Randregionen innert kurzer Zeit sicherstellen kann. Für die kritische Nachbetrachtung der Kommunikation danke ich. Dabei möchte ich festhalten, dass nicht der Inhalt kritische Fragen aufwirft, sondern vorwiegend der zeitliche Aspekt der Kommunikation. Ich danke allen, die Verantwortung für die Sicherheit der Luzerner Bevölkerung übernehmen, und zwar im Zentrum wie auch auf der Landschaft, und die die verschiedenen Bedürfnisse der Bevölkerung erkennen. Ich halte an der Erheblicherklärung des Postulats in Bezug auf eine Zusammenarbeit an den Grenzregionen bei unvorhergesehenen Ereignissen fest und bitte um die Überweisung des Postulats.

Hans Stutz: Die Ausgangslage ist ziemlich einfach: Eine verlässliche Planung muss unerwartete Ereignisse mit einbeziehen, das bedeutet bei der Polizeiarbeit zum Beispiel interkantonale Polizeieinsätze beim World Economic Forum (WEF) oder bei Kundgebungen. Die Luzerner Polizei hat zu wenig Polizisten und Polizistinnen. Nun muss sie während der Sommerferien einen Teil ihrer Arbeitsorte schliessen, das ist nichts anderes als logisch und folgerichtig. Die bürgerlichen Parteien reichen nun Vorstösse ein und tun so, als hätten sie mit der Situation nichts zu tun. Verantwortung verstecken durch Ablenkungen, könnte man das nennen. Sie kritisieren die mangelhafte Kommunikation, doch diese Situation lässt sich auch durch eine optimale Kommunikation nicht mehr schönreden. Sie ist ein Desaster. Der Hintergrund dieser Situation findet sich am besten abgebildet im Berichtsentwurf für die Vernehmlassung des Planungsberichtes Luzerner Polizei 2022. Hier steht: «Angesichts des personellen Unterbestandes wurde bereits 2014 eine etappierte Aufstockung bewilligt, welche aufgrund finanzieller Gründe jedoch bis heute nicht vollständig realisiert werden konnte. Der Kanton Luzern liegt in Bezug auf die Polizeidichte weit unter dem schweizerischen Durchschnitt.» Es war bereits 2014 bekannt, dass es einen personellen Unterbestand gab, und dieser wurde bis jetzt nicht behoben. Verantwortlich dafür ist die Steuerpolitik, das wird auch in diesem Bericht des bürgerlichen Regierungsrates dargelegt. Diese Situation wurde noch weiter verschärft durch das Konsolidierungsprogramm 17 (KP17), das die Mehrheit dieses Rates durchgeboxt hat. Der Planungsbericht konkretisiert den Mangel: «Da die Synergiegewinne und Optimierungsmassnahmen im Projekt OE 2030 allein nicht ausreichen, wird zusätzlich eine etappenweise Stellenaufstockung um 118 Stellen notwendig sein, damit das Korps seinen Leistungsauftrag auch künftig erfüllen kann.» Das Fazit: Die Steuerstrategie der bürgerlichen Regierungsparteien ist gescheitert und führt direkt zu den geschlossenen Polizeiposten während des Sommers 2022. Das Postulat lehnen wir ab, denn es trägt nichts zur Lösung des Problems bei.

Mario Cozzio: Uns allen ist klar, dass wir bei dieser Angelegenheit ein erneutes kommunikationstechnisches Fiasko miterlebt haben, und das zu einem politisch brisanten Zeitpunkt, wenn man an die OE 2030 denkt. Wir können aber in der Beantwortung der Anfragen festhalten, dass der Regierungsrat, das JSD und die Polizei ihre Fehler durchaus einsehen. Es ist aber trotzdem schon die zweite Panne innerhalb eines halben Jahres. Auch wenn aller guten Dinge drei sind, belassen wir es hier besser bei diesen zwei. Ohne dass ich eine dieser Anfragen eingereicht habe, bin ich relativ zufrieden mit den Antworten. Es leuchtet ein, dass das temporäre Schliessen der 22 Polizeiposten nicht strategisch-politisch, sondern lagebedingt motiviert war.

Heidi Scherer: Die drei Anfragen mit sehr ähnlichen Fragestellungen sowie das Postulat drücken das Unverständnis über den überraschenden, sehr kurzfristig kommunizierten Entscheid über die temporäre Schliessung von 22 kleineren Polizeiposten aus. Ähnliche Fragen haben sich wohl auch einige Bewohnerinnen und Bewohner in den betroffenen Gemeinden gestellt. Aufgrund der Kumulation von lokalen und schweizerischen beziehungsweise internationalen Veranstaltungen, welche sowohl wegen der polizeilichen Präsenz wie auch wegen des nötigen Personenschutzes bei teilweise heute noch unbekannter Gästeliste eine grosse Herausforderung darstellen, sind die Polizeiressourcen in den Sommermonaten sehr ausgelastet. Das ist auch in anderen Kantonen so und somit kein Luzerner Problem. Wir befinden uns in einer Nachholzeit nach der Corona-Pandemie, in der viele traditionelle jährliche Anlässe nicht durchgeführt werden konnten, und neue Anlässe kommen hinzu. Deshalb dürfte diese ausserordentliche Situation sich hoffentlich auf

das Jahr 2022 beschränken. Die Antworten zu den Fragen sind für die FDP nachvollziehbar. Das persönliche Sicherheitsempfinden ist sehr individuell und subjektiv. Ist die Sicherheit höher, wenn während zweier oder dreier Tage die Woche die lokalen Polizeiposten während drei bis vier Stunden geöffnet haben? Oder ist die Sicherheit höher, wenn die Polizisten an sogenannten Hotspots patrouillieren? Das ist alles subjektiv und individuell. Die Polizisten sind nicht ab der Welt. Sie arbeiten vor Ort und nutzen die Nichtpräsenz am Schalter für anderes, zum Beispiel für Patrouillen. Der Regierungsrat beschreibt in den Antworten ziemlich präzise, wie man die Entlastungsmassnahmen priorisiert. Dieses Vorgehen ist sinnvoll. Die polizeiliche Präsenz an öffentlichen Orten darf nicht leiden. Das Postulat P 907 verlangt eine verstärkte interkantonale Zusammenarbeit. Dieses Anliegen wurde schon vor Jahren in einschlägigen Kommissionen angeregt. Es macht bei einigen Bereichen Sinn, dass der Kantonlidgeist etwas durchbrochen wird und noch mehr überkantonale gedacht und geplant wird. Nicht zuletzt macht es auch Sinn, weil die Kantone in vielen Bereichen unter dem Fachkräftemangel leiden. Hingegen ist es nicht angezeigt, Ressourcen für Spitzenbelastungen ständig aufrechtzuerhalten. Was wirklich verbessert werden kann, ist die Kommunikation: deren Zeitpunkt, der Inhalt, die Adressaten und der Vorlauf, dies vor allem, weil das Thema Polizeipostenschliessungen ein heikles ist und mit einem Leistungsabbau verbunden wird und die Vernehmlassung zur OE 2030 gerade läuft. Das ist emotional schwierig einzuordnen. Dies sieht nun auch der Regierungsrat so, und er hat Besserung gelobt, indem zukünftig bei geplanten Mitteilungen mit politischem Potenzial eine Unterstützung durch das JSD erfolgt. Betroffene Stellen müssen informiert werden. Es gilt Betroffene zu Beteiligten zu machen, dann ist die Akzeptanz besser gewährleistet. Die FDP-Fraktion unterstützt die teilweise Erheblicherklärung des Postulats P 907.

Inge Lichtsteiner-Achermann: In der Antwort des JSD steht, dass für die Kommunikation der Polizeipostenschliessungen kein spezielles Konzept erstellt werden sollte. Man sah das nicht als nötig an. Im Gegensatz zu Hans Stutz bin ich aber schon der Meinung, dass solche Entscheide rechtzeitig und in allen zuständigen Gremien kommuniziert werden sollen. Eigentlich hätte die Reaktion 2007, als ebenfalls Posten geschlossen werden sollten, das JSD hellhörig werden lassen sollen. Auch hier wehrten sich die Politik und die Bevölkerung gegen das Vorhaben. Ich würde schon meinen, dass die Sensibilität des Vorhabens hätte bekannt sein sollen. Eine Vernehmlassung zu diesem Thema war vom JSD nicht geplant und musste politisch eingefordert werden. Fehler können passieren, auch in der Kommunikation. Schlimmer und bedenklich ist es aber, wenn sie zweimal in der gleichen Art und innert kürzester Zeit passieren. Dann muss es das JSD nicht verwundern, wenn sich die betroffenen Gemeinden und die Politik nicht ernst genommen fühlen und sich dagegen wehren. Kommunikationspannen sind nicht vertrauensfördernd. Sie schaden meines Erachtens der guten Arbeit und dem guten Ruf der Polizei, und sie hinterlassen in Bezug auf das Sicherheitsempfinden in der Bevölkerung einen schalen Nachgeschmack. Als Präsidentin der Kommission Justiz und Sicherheit (JSK) kann ich wie meine Vorrednerinnen die Massnahmen für die temporären Schliessungen der Posten aus Ressourcengründen nachvollziehen. Nicht verstehen kann ich, dass man die politischen Gremien nicht mit einbezogen hat. Die JSK hat in ihrem Mitbericht zum letzten AFP die Aufstockung um fünf Stellen gefordert. Die minimale personelle Aufstockung wurde nicht vom JSD beantragt, sondern von der JSK. Das hat uns verwundert. Zur zweiten Kommunikationspanne kann ich nur sagen, dass ich enttäuscht und frustriert war, als ich aus der Zeitung erfuhr, was bei der Polizei passiert. Es geht um gegenseitiges Vertrauen. Genau dieses ist bekanntlich schwierig wieder aufzubauen und herzustellen. Ich bin aber sehr froh um die Erkenntnis des JSD für eine bessere Kommunikation und wünsche mir künftig eine bessere Zusammenarbeit. Dafür würde ich mich herzlich bedanken.

Gisela Widmer Reichlin: Die diversen Anfragen, welche den verschiedenen Medienmitteilungen von Mitte Juni zu den Postenschliessungen folgten, hinterlassen den Eindruck, dass die Kommunikation zu wünschen übriglässt. Oder waren diese Medienmitteilungen eventuell nur als Amuse-Bouche der OE 2030 zu verstehen? Die Regierung dementiert dies in den Antworten zu den Anfragen. Es wäre ein merklich

schlechter Gruss aus der Küche. Die Vernehmlassung zur OE 2030 läuft noch bis zum 8. Juli 2022. Soll dies nun ein Vorgeschmack auf das Menü OE 2030 sein, einen Teller voller Überraschungen: Man bestellt noch in verhaltener Vorfriede, muss dann jedoch mit allem rechnen, einem salzigen oder sogar reichlich versalzten Menü? Muss in einer Umsetzung der OE 2030 mit weiteren überstürzten Aktionen gerechnet werden? Die Medienmitteilung liess vermuten, dass die Aktion der Postenschliessungen überstürzt und ohne erkennbares Konzept vorgenommen wurde. Wie den Antworten zu entnehmen ist, hat die Luzerner Polizei aufgrund einer sich abzeichnenden Einsatzlast eine Verzichtsplannung vorgenommen. Leider konnte der Medienmitteilung die saubere Abwägung von Entlastungsmassnahmen nicht wirklich entnommen werden. Die Kernbotschaft, dass die Sicherheit durch die Patrouillentätigkeit jederzeit gewährleistet ist, war nicht erkennbar. Die Regierung bekennt, dass eine Vorinformation der Gemeinden nötig gewesen wäre. Die klassische Information nach dem Prinzip intern vor extern müsste noch besser verankert werden. Die politische Brisanz einer solchen Mitteilung, die beinahe ausschliesslich über die Medien kommuniziert wurde vor dem Hintergrund, dass die Vernehmlassung zur OE 2030 parallel dazu läuft, hätte erkannt werden müssen. Einige Gemeinden hatten das Glück der Vorinformation, andere nicht. Kommunikation sollte jedoch nicht Glückssache sein. Die temporären Postenschliessungen sind ein Szenario, welches jederzeit wieder eintreten kann. Daher sollte hier die Kommunikation nach einem Kommunikationsstandard ablaufen. Auch die Mitarbeitenden der Polizeiposten müssen bei kurzfristig getroffenen Entscheiden ihre temporären Arbeitsaufträge kennen. Widersprüchliche Aufträge sind zu vermeiden und unnötige Telefonumleitungen zu unterlassen. Ziel und Zweck einer Postenschliessung sollen intern sowie extern kommuniziert werden. Wenn man das Personal entlasten und gleichzeitig die Patrouillentätigkeit gewährleisten will, soll auch offen kommuniziert werden, dass das stark geforderte Personal von seiner Arbeit vor Ort mit der Aufnahme von Anzeigen entlastet wird, damit liegengebliebene Dossiers aufgearbeitet werden können. Was gilt nun? Sind die Postenchefs trotzdem für Gemeindeangestellte persönlich erreichbar? Werden während der Sommermonate die Posten nur als Büroräume genutzt ohne Dienstleistungen für die breite Bevölkerung? Die Bevölkerung muss nachvollziehen können, warum die Posten offiziell nicht besetzt sind.

Josef Schuler: Wir haben gehört, dass die Posten geschlossen werden sollen, und wir wissen auch, dass die Kommunikation nicht wirklich sauber lief. Ich stelle die Frage, was wäre, wenn man beispielsweise einfach bei der Kriminalpolizei Einschränkungen gemacht hätte oder bei der Bekämpfung der Cyberkriminalität. Dann hätten wir es wohl gar nicht mitbekommen. Die Bevölkerung hat erfahren, dass die Polizei wirklich ein Problem hat. Die Polizei braucht eine Personalaufstockung und mehr Budget, also mehr Geld. Das wissen wir jetzt. Ich hätte noch ein weiteres Anliegen an die Polizei: Während des Sommers, wenn die Posten geschlossen sind, soll die Polizei einmal genauer hinschauen und schauen, ob es die Posten im geplanten Umfang wirklich braucht und was es für Auswirkungen hat, die Posten zu schliessen. Gibt es Personen, die anrennen? Gibt es Personen, die sich irgendwie anders orientieren? Wir sollten hier eine Grundlage für die Planung erhalten.

Pius Kaufmann: Ich spreche zum Postulat, denn ich habe das Gefühl, wir verpassen eine Chance, wenn wir es nicht voll erheblich erklären. Die Zusammenarbeit zwischen den Polizeien Bern und Aargau findet fast nicht statt. Man hat ein Konkordat in der Zentralschweiz, aber an den Grenzen zu Bern und Aargau findet die Zusammenarbeit fast nicht statt. Aber genau an diesen Grenzen schliesst man jetzt Posten, wir werden das hier diskutieren. Wenn wir jetzt das Postulat überweisen, haben wir nachher die Grundlage und wissen, ob es möglich ist oder nicht. Die Regierung muss dies geprüft haben, wenn der Planungsbericht erstellt wird. Ich mache ein Beispiel: Am 10. Dezember 2021 passierte zwischen Escholzmatt und Wiggen ein Verkehrsunfall mit vier Verletzten. Die Luzerner Polizei traf eine Stunde nach der Unfallmeldung ein. Solche Situationen haben wir immer wieder. Es gibt eine Patrouille zwischen St. Urban und Marbach, die um den ganzen Napf herumfahren muss. Von der Kantonsgrenze Bern her ist man aber sehr schnell zum Beispiel in St. Urban. Die Zusammenarbeit findet aber nicht statt, diese fordern wir jedoch in diesem

Postulat. Wenn wir einen Planungsbericht herausgeben mit dem Vorschlag, die Interventionszeit unter zehn Minuten bringen zu wollen, und man solche Abklärungen nicht macht, finde ich das nicht korrekt. So kann es keine Diskussion geben. Wenn wir das Postulat heute nicht überweisen und das nicht geprüft wird, dann beerdigen wir damit eigentlich das Stationierungskonzept. Dieses wird nur funktionieren, wenn eine Zusammenarbeit über die Kantonsgrenzen hinaus geschieht. Darum bitte ich Sie, das Postulat zu überweisen. Die Zusammenarbeit soll geprüft werden, dann haben wir alle Fakten auf dem Tisch, wenn wir den Planungsbericht über die OE 2030 diskutieren.

Maurus Frey: Es besteht der Ruf nach Zusammenarbeit. Wer sich im Feuerwehrwesen auskennt, der weiss, dass es die gute nachbarschaftliche Hilfeleistung gibt. Es ist klar, dass wir im Kanton Luzern unsere Ressourcen so abstimmen müssen, dass wir unsere Aufgaben erledigen können. Wenn wir unsere Ressourcen so weit herunterfahren, dass wir unseren Aufgaben nicht mehr gewachsen sind, können wir nicht einfach den Nachbar rufen und ihn bitten, uns auszuhelfen. Ich bin sicher, die Kantonspolizei Bern oder die Kantonspolizei Aargau lassen niemanden auf den Luzerner Strassen liegen, sofern sie im Einsatzdispositiv aufgeboten werden. Ich bitte Sie, die Aufgaben, die sich uns hier für den Kanton Luzern zugunsten unserer Bevölkerung stellen, ernst zu nehmen und anzupacken und die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, um diese bewältigen zu können. Einfach nach den Nachbarn zu rufen, weil wir für die Polizei nicht so viel Geld ausgeben wollen, ist aus meiner Sicht keine Lösung.

Hans Stutz: Ich kann meinem Vorredner nur zustimmen. Ich möchte aber noch auf einen Punkt hinweisen: Das Postulat verspricht etwas, das es gar nicht halten kann. Wenn man dieses umsetzen will, braucht es dafür jahrelange Verhandlungen mit den Nachbarkantonen. Alle wissen, dass die Polizeikorps eher unterdotiert sind. Alle wissen, dass die Politikerinnen und Politiker wollen, dass die Polizei in ihren Kantonen eingesetzt wird und nicht in den Nachbarkantonen.

Marcel Budmiger: Ich bin überrascht über das Votum von Pius Kaufmann. Yvonne Schärli, die Vorgängerin von Regierungsrat Paul Winiker, hat schon einen Personalaufbau beantragt, und dieser wurde im Rat durch die bürgerliche Finanzpolitik immer wieder blockiert. Wir haben gestern gehört, wir stünden in vielen Bereichen besser da als vor den ganzen Sparübungen. Bei der Polizei stehen wir aber sicher nicht besser da, wenn wir notfallmässig Polizeiposten schliessen müssen. Es kann nicht sein, dass wir für unsere Polizei zu wenig Geld ausgeben und dann auf die Unterstützung der Nachbarkantone angewiesen sind. Sicherheit ist eine Kernaufgabe des Kantons Luzern, diese müssen wir selber bewältigen können, auch in ausserordentlichen Situationen. Das Blue Balls Festival in Luzern wurde abgesagt und hätte viele Kräfte gebunden, also kann dies nicht einfach auf den Nachholeffekt zurückgeführt werden. Ich habe bisher nur gehört, wie schlecht die Kommunikation gewesen sei. Sie kommunizieren allerdings genau gleich. Das wahre Problem ist nämlich der Personalmangel, darauf hat aber nur die linke Seite hingewiesen. Von der Mitte habe ich das nicht gehört. Das ist aber das Kernübel, das wir angehen müssen. Wir haben einen Justiz- und Sicherheitsdirektor, der Polizeiposten schliessen will. Der Kantonsrat musste ihn dazu verpflichten, eine Vernehmlassung durchzuführen. Während der laufenden Vernehmlassung werden Fakten geschaffen. Ich höre, es sei ein Kommunikationsproblem. Ich höre, es sei ein emotionales Problem. Nein, das ist ein demokratiepolitisches Problem, wenn wir nichts dazu sagen können, wenn Fakten geschaffen werden. Sie haben die Fakten schon lange geschaffen, indem Sie die Polizeiaufstockung verhindert haben.

Daniel Rüttimann: Es geht um die Leistungen der Polizei. Diese müssen wir kantonsintern klären, lösen und neu aufstellen. Dafür haben wir die OE 2030. Diese ist im Aufbau, das JSD ist mit den Gemeinden und den Regionen im Austausch. Fakt ist, dass wir schon seit mehreren Jahren zu wenig Polizistinnen und Polizisten haben. Die Polizisten haben zu viel Arbeit. Wenn ich sehe und höre, was hier alles gemacht werden muss, dann haben wir hier ein grosses Problem. Ich habe als Gemeinderat heute Morgen schon wieder mehrere Meldungen von Sachbeschädigungen erhalten. Das muss alles bearbeitet werden. Ich

möchte hier aber auch eine Lanze brechen für die Polizei beziehungsweise für die Zusammenarbeit der Polizei mit den Gemeinden. Als zuständiger Gemeinderat für die Sicherheit habe ich in den letzten zehn Jahren sehr gute Erfahrungen gemacht bei der Zusammenarbeit mit der Polizei. Das darf hier auch erwähnt werden. Die Polizei macht das, was sie kann, aber wir müssen ihnen die nötigen Ressourcen sprechen.

Pius Kaufmann: Ich möchte meinen Kolleginnen und Kollegen auf der linken Seite noch eine Antwort geben. Wir haben die Situation, dass wir in der Zentralschweiz ein Konkordat haben. Wir haben also Nachbarkantone, wo die Zusammenarbeit über ein Konkordat funktioniert. Wir haben zwei Nachbarkantone, bei denen es nicht funktioniert, und man hat uns vonseiten des Regierungsrates und des Kommandanten bestätigt, dass dies eine starre Grenze sei. Wenn man die Zusammenarbeit nicht prüfen will, dann muss man das Stationierungskonzept bei den Grenzen zu Bern und Aargau anders aufstellen. Das ist der Punkt.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Wir danken Ihnen für diese Vorstösse, die es uns erlauben, die Hintergründe für die temporären Postenschliessungen zu beleuchten und darzulegen, weshalb wir gerade zu diesem Mittel greifen, um die Sicherheit für die Luzerner Bevölkerung auch in der Zeit sicherzustellen, wenn viele Korpसangehörige in Konkordatseinsätzen stehen. Es ist ein heisses Eisen, wenn die Luzerner Polizei – wenn auch nur temporär – Posten schliesst, weil dringliche Aufgaben in anderen Kantonen zu bewältigen sind. Es ist auch nicht so, dass der Bund für besondere Konferenzen auf eine eigene polizeiliche Sicherheitstruppe zugreifen könnte. Ich blicke ein wenig zurück, denn darüber wurde in der Diskussion mehrmals gesprochen. Es hat auf Bundesebene Versuche gegeben, besondere bundesstaatliche Korps aufzubauen. Diese wurden jeweils vom Stimmvolk verworfen. So scheiterte die Truppe zum Schutz internationaler Konferenzen 1970, die eine interkantonale, mobile Polizei dargestellt hätte. Auch das Korps zur Terrorismusbekämpfung, die sogenannte Bundessicherheitspolizei, wurde 1978 vom Volk verworfen. Ich will Ihnen damit einfach sagen, dass die Art und Weise, wie die Korps zusammenarbeiten, politisch gewollt ist. Dass der Bund keine eigene Polizei hat, anders als in Deutschland oder Frankreich, ist ebenfalls politisch gewollt. Deshalb braucht es die Lösungen, die wir heute haben. Es wurden in den letzten 44 Jahren für eine solche Sicherheitsreserve keine neuen Anläufe gemacht. Tatsache ist, dass die 26 Kantone nicht über die Reserven verfügen, um jeweils den Peak abdecken zu können. Deshalb gibt es die Lösung, dass die Reserven zusammen gebündelt werden müssen, wenn in einem Kanton oder an einigen Orten eine besondere Lage eintritt. Ich werde nachher noch genauer darauf eingehen. Wenn jetzt internationale Konferenzen wie das WEF, die WTO-Konferenz oder die Ukraine-Konferenz geschützt werden müssen, so sind die kantonalen Polizeikorps und die Armee, die gewisse Schutzmassnahmen trifft, für die Sicherheit der Teilnehmenden und der lokalen Bevölkerung zuständig. Allein für die Ukraine-Konferenz wurden 1600 Leute der Armee eingesetzt. Bei Anlässen, die vom eigenen Korps knapp nicht gestemmt werden können, kommt das jeweilige Konkordat zum Zug, das ist bei uns das Polizeikonkordat Zentralschweiz. Das kommt regelmässig zum Einsatz, zum Beispiel bei Fussballspielen, bei denen wir mit vielen Gästefans rechnen, wo es bei Hin- und Rückfahrten zu Ereignissen kommen kann. Wir haben auch im Rahmen von Corona-Demonstrationen auf den Support aus dem Zentralschweizer Korps zurückgreifen müssen. Im Gegenzug unterstützen wir unsere Nachbarkorps ebenfalls, wenn sie mit ihren Kräften am Anschlag sind. Konkordate sind immer dazu da, sich gegenseitig Hilfe zu leisten, wenn punktuelle Spitzen die eigene Organisation personell überfordern. Interkantonale, also eine Ebene höher, arbeiten die Kantone seit einigen Jahren im Rahmen der regionalen Polizeikonkordate zusammen. Eine der wichtigsten interkantonalen Vereinbarungen ist jene über die interkantonalen Polizeieinsätze vom 6. April 2006, die sogenannte IKAPOL-Vereinbarung, in der sich alle 26 Kantone verpflichtet haben. Gestützt auf diese Vereinbarung kann ein einzelner Kanton zusätzliche Polizeikräfte aus anderen Konkordaten anfordern, wenn ein Ereignis zu bewältigen ist und die eigenen Kapazitäten und jene der Nachbarkantone, also des engeren

Konkordats, auch nicht ausreichen. Die Kantone haben sich zu dieser Unterstützungsleistung verpflichtet, was durchaus sinnvoll ist und seit Jahren in der Regel zuverlässig funktioniert. Wenn die Anlässe frühzeitig geplant werden können, kann das auch von den einzelnen Korps relativ gut organisiert werden, dies gilt beispielsweise für das WEF. Engpässe mit Verichtsplanungen hat es aber in allen Kantonen immer wieder gegeben, und das wird es auch immer wieder geben. Unterstützung im Rahmen der IKAPOL-Vereinbarung ist bei den genannten interkantonalen Konferenzen der kommenden Wochen der Fall. Es wird auch noch weitere Ereignisse geben. Wir wissen, dass es in Bern einen Rockerprozess gibt, bei dem voraussichtlich ein IKAPOL-Aufgebot von bis zu 1000 Polizisten gefordert wird. Dieses Mittelbegehren ist aber bis heute noch nicht offiziell eingereicht. Wir müssen aber damit rechnen, dass kurzfristig 30 oder 40 Luzerner Polizisten für dieses Ereignis aufgeboden werden könnten. Die Einsätze sind also auch bei allen guten Grundsätzen oft nicht frühzeitig planbar, die Polizei muss dann reagieren. Es ist aber auch nicht opportun, alles den internationalen Konferenzen in die Schuhe zu schieben. Wir haben auch in diesem Sommer extrem viele Veranstaltungen in der Stadt und auf dem Land, was wunderschön ist. Ich vermute, da gibt es noch einen gewissen Nachholbedarf nach Corona. Ich erinnere daran, dass nächste Woche das Luzerner Stadtfest stattfindet. Das wird für die Polizei eine beachtliche Übung. Es gibt sogar noch verschobene Fasnachtsveranstaltungen in Wolhusen und in Kriens. Es gibt einen Testbetrieb für mediterrane Nächte. Es gibt das Städtlifest in Sursee und in Sempach. Es gibt die Konferenzen, die auch in diesem Zeitraum stattfinden, wie zum Beispiel die Ukraine-Konferenz am 4. und 5. Juli 2022. Es finden auch verschiedene sportliche Anlässe wie der Sempachersee-Triathlon und der Start der Fussballmeisterschaft statt mit vermutlich zusätzlichen Ordnungsdienstaufgeboten. Dann gibt es noch vom 26. bis 31. August 2022 den Zionistenkongress. Da weiss man bis kurz vorher nicht, was für ein Aufgebot gemacht werden muss. Wenn der israelische Präsident Herzog kommt, wird das Aufgebot doppelt so gross sein, wie wenn er nicht kommt. Auch hier gibt es Unwägbarkeiten. Es gibt noch weitere Anlässe bis im September. Das zeigt, dass es nicht richtig wäre, alles auf die internationalen Konferenzen oder den Bund zu schieben. Es gibt in diesen Monaten eine Überbelastung, damit müssen wir umgehen. Wir haben also verschiedene Anlässe, bei denen Leute aus dem Korps gebunden werden. Ich möchte nochmals betonen, dass die Kurzfristigkeit solcher Anträge und Unterstützungen ein Problem ist. Dieses kann nicht gelöst werden. Die Koordination der IKAPOL-Einsätze auf Ebene Bund scheint mir verbesserungswürdig. Das hat auch der Präsident der Konferenz der Kantonalen Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) auf das Tapet gebracht. Wir werden hier nachhaken. Es braucht hier eine bessere Koordination. Wenn dann solche IKAPOL-Einsätze beschlossen werden, dann gibt es verschiedene Arbeitsgruppen, welche die Koordination machen und die Mittelbegehren managen. Hier ist aber tatsächlich noch eine Verbesserung der Koordination auf Stufe Bund notwendig. Wenn man sich für eine solche Konferenz zur Verfügung stellt, sollte man auch die Ressourcen vorab stärker in den Fokus stellen. Viele dieser Anlässe sind mit ihren Eckwerten schon Wochen vorher bekannt, aber bis kurz vor Konferenzbeginn ist nicht genau klar, welcher Aufwand dafür erfolgen wird. Deshalb ist es oft so, dass man fünf Tage vor Beginn die Detailplanung macht und dann genau weiss, wie viel Personal man braucht und welche Anforderungen bestehen. Wir stehen hier nicht allein da, das ist kein Luzerner Problem. Kein Kanton kann auf eine Reserve zurückgreifen. Alle müssen mit den Leuten, die sie eigentlich für das Tagesgeschäft verwenden, solche zusätzlichen Aufträge erledigen. All diese Kantone müssen Verichtsplanungen machen, um die Grundversorgung sicherzustellen. Die Sicherheit der Bevölkerung darf nicht darunter leiden. Das geht von Ferienstopps über die Aussetzung von Aus- und Weiterbildungen bis hin zu Postenschliessungen. Ich habe auch von Kantonen gehört, die ihre Patrouillen ausdünnen. Das ist eine Lösung, die für unseren Kanton nicht infrage kommt. Genau mit dieser Massnahme beeinträchtigt man die Grundversorgung. Die Luzerner Polizei wollte mit diesen Massnahmen keinesfalls an der Grundversorgung schrauben. Es ist mit allen Mitteln zu verhindern, dass die Patrouillentätigkeit und die Brennpunktbewirtschaftung eingeschränkt werden. Mit dem Verzicht auf Weiterbildungseinheiten sowie mit einer

vorübergehenden Schliessung von Polizeiposten stehen dann eben zusätzliche Einsatzkräfte mobil und flexibel zur Verfügung, um bei sicherheitsrelevanten Ereignissen rasch eingreifen zu können. Allein die Schliessung der Posten bis Ende Sommerferien bringt uns mehr Personal für die Patrouillen oder für die Einsätze. Die Luzerner Polizei rechnet pro Schalter und Tag mit einer Vollzeitstelle, die nun eben für die präventive Präsenz in der jeweiligen Polizeiregion zur Verfügung steht. Gesamthaft gehen wir von 22 Polizistinnen und Polizisten aus, die wir damit mehr im öffentlichen Raum haben; gerade damit stellen wir die Sicherheit auch auf dem Land sicher. Lassen Sie mich hier noch eine Falschmeldung klarstellen, die man von der Mitte hören konnte: Wir hätten nicht alle Stellen besetzen können, die Sie bewilligt haben. Das ist falsch. Die Luzerner Polizei hat keinen Unterbestand, und sie hat alle von Ihnen bewilligten Stellen besetzen können. Zum Votum von Inge Lichtsteiner-Achermann: Es ist tatsächlich so, dass die Regierung eine Aufstockung beantragt hat. Der Kantonsrat hat dann noch eine zusätzliche Aufstockung für dieses Jahr beschlossen. Dafür sind wir dankbar, und wir haben die Stellen besetzt. Die Luzerner Polizei hat in den vergangenen beiden Jahren einen sehr intensiven und anspruchsvollen Job gemacht. Das war nur möglich, weil viele Polizistinnen und Polizisten auch Überstunden geleistet und sogar teils auf Ferien verzichtet haben. Die Regierung, aber auch Sie als Parlament haben als Kanton und damit als Arbeitgeber eine Fürsorgepflicht, und wir müssen für unsere Polizistinnen und Polizisten schauen, dass Gesundheit und Unversehrtheit garantiert werden können. Wir dürfen die zumutbare Belastungsgrenze gegenüber den Mitarbeitenden nicht weiter ausreizen. Die Belastung hat sich bereits spürbar auf die Gesundheit und die Stimmung in der Belegschaft ausgewirkt, und deshalb ist es wichtig, in der OE 2030 die weiteren Ressourcen zu sprechen, damit die Aufstockung gemacht werden kann. Ich spreche noch kurz zum Postulat P 907: Ja, eine schlechte Botschaft kann auch mit der besten Kommunikation nicht besser gemacht werden, da bin ich mit Hans Stutz durchaus einig. Wir haben in diesem Fall aber eine kritische Nachbetrachtung gemacht. Sie führt zur Erkenntnis, dass wir rechtzeitig auf die Anspruchsgruppen hätten zugehen sollen, insbesondere auf die Gemeinden, und vielleicht einmal die Eventualitäten hätten erklären sollen, ohne gleich den Entscheid zu kommunizieren. Das war sicher sehr schnell, ein zweistufiges Vorgehen wäre in einer ähnlichen Situation sicher angemessen. Unsere Gedanken dazu haben wir in der Stellungnahme zum Postulat P 907 dargelegt. Warum stellen wir Ihnen den Antrag auf teilweise Erheblicherklärung? Das Postulat stellt neben der durchaus gerechtfertigten Frage nach der Kommunikation – die wir so entgegennehmen – auch die Forderung, man solle mit den angrenzenden Kantonen enger zusammenarbeiten. Sie haben sich mehrmals dazu geäußert. In der aktuellen Situation sind die allermeisten Kantone in der gleichen Situation wie wir. Zu hoffen, dass uns ein Nachbarkanton in einer solchen Situation Personal zur Verfügung stellt, damit wir allenfalls sogar die Posten offen lassen können, ist illusorisch, und ein entsprechendes Gesuch wäre weder verhältnismässig noch zielführend. Wir haben etablierte und gut funktionierende Instrumente für die interkantonale Zusammenarbeit. Das ist zum einen das Polizeikonkordat Zentralschweiz. Aargau und Bern gehören nicht zu diesem Konkordat. Man hat sich einmal darauf geeinigt, dass man sich zunächst in den regionalen Konkordaten gegenseitig hilft. Für die anderen Kantone und die Grenzhilfe gilt die Nothilfe. In einem wirklichen Notfall greift die nächste Patrouille egal aus welchem Kanton ein. Ich habe bei meinem Berner Amtskollegen gestern nachgefragt, wie sie mit der jetzigen Situation umgehen. Er hat mir gesagt, dass auch Postenschliessungen gerade in diesen saisonalen Zeiten üblich seien. Das komme im Jahr ein- bis zweimal vor. Im letzten Jahr wurden wegen grosser Demonstrationen im Kanton Bern 52 der 57 Posten geschlossen. Solche Erwägungen werden auch für die Sommerzeit gemacht. In der Corona-Zeit waren die Posten an den Einsatztagen zu, und zusätzlich wurden Freitags- und Urlaubs- oder Feriensperren verhängt. Das grosse Berner Korps war also auch gezwungen, solche Massnahmen zu ergreifen. Gerade das Berner und das Zürcher Korps stellen rund einen Viertel des Personals für die IKAPOL-Einsätze. Der Kanton Luzern stellt 4 Prozent. Wenn also ein IKAPOL-Einsatz mit 1000 Leuten benötigt wird, dann müssen wir 40 Leute stellen. Wir müssen unsere Hausaufgaben selbst machen.

Wir haben die regionalen Konkordate, wir haben die übergeordneten Konkordate, und wir haben die Nothilfe zwischen den Kantonen. Deshalb bitten wir Sie, dieses Postulat teilweise erheblich zu erklären.